



Presseschau vom 12.01.2016:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Vormittags:

De.sputniknews.com: Die türkische Führung hätte sich nach dem Abschuss der russischen Su-24 besser entschuldigen sollen, anstatt das Nato-Hauptquartier anzurufen, so Russlands Präsident Wladimir Putin in einem Interview, dessen 2. Teil am Dienstag in der „Bild-Zeitung“ erschienen ist.

„Die türkische Führung hätte sich besser für den Abschuss, der ein klares Kriegsverbrechen war, entschuldigen sollen, anstatt das Nato-Hauptquartier anzurufen“, betonte er. „Das ist doch merkwürdig: Wenn die Türkei ihre ganz eigenen Interessen in der Region verfolgt, müssen weder Deutschland noch die Nato sie dabei unterstützen, oder?“

„Die Türkei ist zwar Mitglied der Nato, aber sie wurde nicht angegriffen. Darum muss die Nato die Türkei nicht schützen, und unsere Probleme mit der Türkei haben auch nichts mit der Nato-Mitgliedschaft dieses Landes zu tun“, fügte Putin hinzu.

Das Verhalten Ankaras sei merkwürdig und für die Türkei selbst erniedrigend, meinte er. ...



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30674/93/306749352.jpg>

Dan-news.info: In der DVR wird ein Stab von Freiwilligen für die Erstellung des Buchs der Erinnerung an die Kinder, die durch die Kämpfe im Donbass getötet wurden, geschaffen werden. Dies teilte heute die Beraterin des Oberhauptes der DVR für Kinderrechte Jana Tschepikowa mit.

„Zur Mitarbeit in dem Stab sind Vertreter der Stadt- und Bezirksverwaltung der Republik, verschiedener Ministerien und Behörden der DVR sowie Enthusiasten eingeladen“, sagte die Gesprächspartnerin der Agentur. „Bereits jetzt sind wir in der Lage, die Namen von 78 Kindern, die in der Folge der Beschüsse im Donbass getötet wurden, in das Buch der Erinnerung aufzunehmen. Aber die Listen müssen noch konkretisiert werden, die Sammlung von Material über ihren Tod geht weiter.“

Über das Projekt eines Buchs der Erinnerung hatte Tschepikowa zuvor am 6. Januar bei einer Zeremonie zur Niederlegung von Blumen und Spielzeug am Denkmal für die getöteten Kinder in der Allee der Engel im Donezker Park des Leninschen Komsomol niedergelegt.

„Wir teilen die Kinder nicht in eigene und fremde auf. Die Freiwilligen werden Material sowohl zu Kinder aus der DVR als auch zu Kinder aus der LVR sammeln und zu den Kindern, die aus den verschiedensten Gegenden der Welt in den Donbass kamen und dort getötet wurden“, sagte die Kinderrechtsbevollmächtigte.

Sie unterstrich noch einmal, dass das Material, das die Freiwilligen sammeln und Exemplare des Buchs der Erinnerung an die ukrainische Regierung und internationale Gerichtshöfe übergeben werden wird.

De.sputniknews.com: Syriens Präsident Baschar al-Assad „bekämpft nicht die eigene Bevölkerung sondern diejenigen, die bewaffnet gegen die Regierung vorgehen“, so Russlands Präsident Wladimir Putin in seinem Interview für die „Bild-Zeitung“.

„Wenn dabei auch die Zivilbevölkerung Schaden nimmt, ist das nicht Assads Schuld, sondern in erster Linie die der Aufständischen und ihrer ausländischen Unterstützer“, sagte Putin.

„Dieser Konflikt hätte niemals eine solche Größe gewonnen, wenn er nicht von außerhalb Syriens befeuert würde – mit Waffen, Geld und Kämpfern“, fügte er hinzu. „Wer hat das zu verantworten? Die Regierung Assad, die versucht, das Land zusammenzuhalten? Oder die Rebellen, die es auseinanderreißen wollen und diese Regierung bekämpfen?“

„Man sollte deshalb alles daransetzen, die legitimen Machthaber in Syrien zu stützen. Das

soll aber nicht bedeuten, dass alles beim Alten bleiben kann. Wenn die Stabilisierung des Landes vorankommt, müssen eine Verfassungsreform folgen und danach vorgezogene Präsidentschaftswahlen. Nur das syrische Volk kann entscheiden, wer das Land in Zukunft regieren soll.“

Dan-news.info: Kämpfer ukrainischer bewaffneter Gruppierungen haben in der Nacht vom 11. auf den 12. Januar die Ortschaft Schirokaja Balka westlich von Gorlowka beschossen. Dies teile heute eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Am 11. Januar gegen 22:30 haben ukrainische Gruppen das Feuer auf die Ortschaft Schirokaja Balka eröffnet“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Nach Angaben der Quelle schoss der Gegner von den Positionen im Dorf Nowgorodskoje unter Anwendung von Granatwerfern, Abwehrgeschützen und Schusswaffen. Während des Beschusses wurden durch die ukrainische Seite etwa 10 Granatgeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass am 11. Januar tagsüber das Dorf Kominternowo im Süden des Donbass von ukrainischen Truppen beschossen wurde.

De.sputniknews.com: Moskau wird keinen Strom mehr an Ukraine liefern
Russland hat auf den Kauf ukrainischen Stroms für die Krim verzichtet, und wird infolgedessen auch den Vertrag über Stromlieferungen an die Ukraine nicht verlängern, berichtet die Zeitung Kommersant unter Berufung auf einen Vertreter des russischen Energieministeriums.

Der Jahresvertrag über die Lieferungen von russischem Strom in die Ukraine trat am 30. Dezember 2014 in Kraft. Gleichzeitig einigten sich beide Seiten auf eine ununterbrochene Stromversorgung der Krim. Die Laufzeit beider Verträge – über Stromlieferungen aus der Ukraine auf die Krim sowie aus Russland an die Ukraine – endete am 1. Januar 2016.

„Die Russische Föderation verhandelt nicht mehr über Stromlieferungen aus Russland in die Ukraine. Wir werden ihn (den Vertrag – d. Red.) nicht verlängern, da er von vornherein an den Vertrag über die Stromlieferung aus der Ukraine auf die Krim gebunden war“, zitiert die Zeitung einen Vertreter des russischen Energieministeriums.

Der Vertrag mit Kiew über die Stromlieferung auf die Krim lief am 31. Dezember 2015 aus. Dabei stimmte Russland dem Vorschlag der Ukraine, im neuen Vertrag die Krim als ukrainisches Gebiet zu bezeichnen, nicht zu. Auch 93 Prozent der Krim-Bewohner stimmten in einer speziell durchgeführten Umfrage gegen diesen Wortlaut.

Der Kommersant-Quelle aus Ministeriumskreisen zufolge traf die Regierung nach der Veröffentlichung dieser Sonderbefragung die Entscheidung, den Vertrag nicht mehr zu verlängern.

Ukrinform.ua: Lufthansa erneuert Flüge nach Odessa

Die deutsche Lufthansa hat beschlossen, nach einer zwei Jahre Pause die Flüge „München – Odessa – München“ zu erneuern.

Das teilte am Montag für Ukrinform die Pressesprecherin des internationalen Flughafens „Odessa“ Maria Popowitsch mit.

„Ab 31. März erneuert die Fluggesellschaft Lufthansa die Flüge „München-Odessa-München“. Die Flüge werden die Großraumflugzeuge „Canadair Regional Jet CRJ900“ ausführen, die an Bord bis zu 90 Passagiere nehmen. Die Fluggesellschaft wird wöchentlich zwei Flüge von Odessa nach München machen“, sagte Popowitsch.

Darüber hinaus werden im Sommer täglich Flüge von Odessa nach Wien mit Austrian Airlines ausgeführt, die zu Lufthansa Group gehört, fügte die Pressesprecherin hinzu.

De.sputniknews.com: Vor Volksentscheid in Holland: Nein zu EU-Assoziierung mit der Ukraine

Laut Umfragen im Vorfeld des entsprechenden Referendums am 6. April stimmten 53 Prozent der Niederländer dagegen. Weitere 25 Prozent sind „eher dagegen“.

Formell müssen niederländische Politiker die Ergebnisse solcher Volksentscheide nicht berücksichtigen. Ob sie jedoch so weit gehen würden, die Willensäußerung ihrer Bürger zu ignorieren, ist fraglich. Premier Mark Rutte versprach zwar neulich, sein Bestes zu tun, „um ein positives Ergebnis voranzubringen“. Zugleich zeigte er sich jedoch vorsichtig: „Was wir mit den Ergebnissen des Referendums anfangen werden, entscheiden wir nach dem 6. April.“

Für den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, der gestern einen Vortrag an einer niederländischen Universität hielt, scheint dagegen alles klar zu sein: Die Niederländer, die gegen ein EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine sind, nannte er „EU-Feiglinge“. Gleich im Anschluss machte er Werbung für die von seinem Unternehmen Roshen hergestellten Schokoladenpralinen, die er offenbar diesen „EU-Feiglingen“ verkaufen möchte.

Aber auch Rutte selbst scheint zu dieser Kategorie anzugehören: Einerseits beteuerte er zwar, dass die Niederlande dank der EU-Assoziierung mit der Ukraine „viel Geld verdienen“ könnten. Gleichzeitig aber beruhigte er seine eigenen Bürger mit den Worten, dass ein Assoziierungsabkommen „keineswegs zum Beitritt der Ukraine zum einheitlichen Europa führen würde“. „Ähnliche Abkommen hat die EU mit vielen mittelamerikanischen und Nahost-Ländern, aber diese beantragen keine EU-Mitgliedschaft“, so Rutte. Damit gab er deutlich zu verstehen, wo der Platz der Ukraine im „europäischen Haus“ ist.

Die Niederländer selbst aber interessieren nicht ein künftiger Profit dank der Partnerschaft mit der Ukraine, sondern vielmehr die Möglichkeiten in einem einheitlichen Europas, die Flüchtlinge aus dem Nahen Osten zwischen allen europäischen Ländern gleichmäßig zu verteilen. Das ist die Priorität für ihr Land als EU-Vorsitzender. Bislang funktioniert der entsprechende Plan jedoch nicht: Die Türkei erfüllt die Absprachen mit der EU, den Flüchtlingsansturm zu stoppen, nicht, obwohl sie von Brüssel drei Milliarden Euro versprochen bekommen hatte.

Die Niederländer verstehen offenbar, dass sie von der Assoziierung mit der Ukraine nichts Positives erwarten können: Es könnten in diesem Fall Hunderttausende neuer „Wirtschaftsmigranten“ und Gastarbeiter kommen. Zudem geben immer mehr EU-Politiker – wenn auch bislang anonym – zu, von der Ukraine „müde“ zu sein.

Auffällig ist, dass selbst der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der die Europäer eigentlich von der Assoziierung mit der Ukraine überzeugen sollte, kaum über wirtschaftliche Vorteile spricht, mit denen man rechnen dürfte. Stattdessen ist er nur darüber besorgt, dass die negative Abstimmung in den Niederlanden „das Kräftegleichgewicht in Europa verändern würde“ und dass die EU „einen weiteren Verbündeten an der Grenze zu Russland verlieren würde“.

Allerdings scheint Brüssel selbst für den Fall, dass die Assoziierung mit der Ukraine keine positiven Ergebnisse bringt, schon eine Antwort parat zu haben. Der Sprecher der EU-Kommission, Margaritis Schinas, antwortete auf die Frage, warum der Flüchtlingsdeal mit der Türkei nicht funktioniert: „Glauben Sie etwa, in Brüssel würde es einen großen roten Knopf geben, auf den man drückt, und alles wird über Nacht wieder gut? Leider aber gibt es keinen solchen Knopf.“ Das gilt wohl nicht nur für Ankara, sondern auch für Kiew.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30703/58/307035843.jpg>

Ukrinform.ua: In 2 bis 3 Monaten werden die ukrainischen Hersteller von Milchprodukten auf die EU-Märkte kommen.

Solche Prognose veröffentlichte der Experte für EU-Recht, Taras Katschka, für die Aussichten des freien Handels der Ukraine und der EU.

„Ukrainische Hersteller haben keine Probleme mit der Erschließung des EU-Marktes. Es gibt ein Problem mit dem Erhalten der größten möglichen Einkommen von der Arbeit auf diesem Markt. Die Hauptpriorität dieses ersten Jahres der Freihandelszone mit der EU muss die Maximierung dieser Gewinne werden“, betonte er.

Taras Katschka bemerkte, dass die von der EU der Ukraine zuvor gewährten Handelspräferenzen die Absetzung anderer landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der EU gefördert hatten.

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Minsker Friedensplan geht in die Verlängerung

Am Mittwoch beginnt in der weißrussischen Hauptstadt Minsk eine neue Verhandlungsrunde der dreiseitigen Kontaktgruppe, an der zum ersten Mal der ehemalige Vorsitzende der russischen Staatsduma (Parlamentsunterhaus), Boris Gryslow, teilnimmt.

Für den 20. und 27. Januar sind zwei weitere Gesprächsrunden geplant, schreibt die Zeitung „RBC daily“ am Dienstag.

Das Minsker Abkommen sollte bis Ende 2015 komplett umgesetzt werden. Allerdings wurde keiner der 13 Punkte der Vereinbarung völlig erfüllt.

Am 30. Dezember einigten sich die Staats- und Regierungschefs Russlands, Frankreichs, Deutschlands und der Ukraine bei einem Telefonat auf die Verlängerung des Minsker Abkommens bis 2016. Sie sprachen sich für eine Überwachung der Waffenruhe an der Frontlinie im Donezbecken aus, was zur politischen Beilegung der Krise beitragen soll. Die Seiten einigten sich zudem auf aktivere Beratungen im Rahmen der Kontaktgruppe, um ein neues Gesetz über Lokalwahlen in einigen Gebieten der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk zu verabschieden.

Im vergangenen Jahr gelang es den Konfliktseiten nicht, diesen Gesetzestext abzustimmen: Die Volksrepubliken beharrten auf einer Wahl ohne ukrainische Parteien und Medien. Zu den Fortschritten zählt das Ende des massiven Blutvergießens, die Einigung über den Abzug von Waffen mit Kaliber unter 100 mm, die Freilassung von mehr als 50 Ukrainern und die Aufbauarbeiten in einigen Gebieten im Donbass. Ein weiterer Fortschritt war die Einrichtung von vier Arbeitsgruppen innerhalb der Kontaktgruppe.

Auf der Tagesordnung des Treffens am 13. Januar stehen laut einer „Interfax“-Quelle die wichtigsten Aspekte der politischen Krisenregelung: der Sonderstatus von einigen Gebieten der selbsternannten Volksrepubliken, die Dezentralisierung der Macht, die Verfassungsreform und die Durchführung von Lokalwahlen.

Der Vertreter der Volksrepublik Lugansk in der Ukraine-Kontaktgruppe, Wladislaw Deinego, verkündete im Voraus, dass alle möglichen Maßnahmen bei den Verhandlungen besprochen werden. Dabei betonte er, dass im vergangenen Jahr Fortschritte bei der Minenräumung und beim Wiederaufbau der Infrastruktur beobachtet worden seien. Allerdings fehle bislang eine systematische Lösung. Die jedoch kann es ohne politische Regelung nicht geben, solange die ukrainische Seite eine destruktive Position einnehme, so Deinego.

Am 26. Dezember hatte der russische Präsident Wladimir Putin den ehemaligen Staatsduma-Vorsitzenden und das ständige Mitglied des Sicherheitsrates Russlands, Boris Gryslow, zum Vertreter Russlands in der Ukraine-Kontaktgruppe berufen.

Laut einer Quelle der Presseagentur „Interfax-Ukraina“ soll bereits Gryslow in Kiew eingetroffen sein. Wie es von ukrainischer Seite hieß, ist die russische Delegation mit einem Flugzeug der staatlichen Airline Rossija in Kiew gelandet. Anschließend fliege sie nach Minsk weiter.

Am Vorabend des Minsker Treffens hatten ukrainische Vertreter zwei Resonanz-Erklärungen abgegeben. Leonid Krawtschuk, der erste Präsident der Ukraine nach der Unabhängigkeit von der Sowjetunion, forderte die Regierung in Kiew auf, ihre Angst vor einem Sonderstatus des Donezbeckens abzulegen.

Am 9. Januar sagte Kiews Vertreter in der Arbeitsgruppe Politik, Roman Bessmertni, dass das Minsker Abkommen den Herausforderungen, mit denen Kiew konfrontiert sei sowie den ukrainischen Interessen nicht entspreche.

Der ukrainische Politologe Michail Pogrebinski ist der Meinung, dass Bessmertnis Äußerungen zeigen, dass Kiew seinen Kurs auf die Verzögerung des Friedensprozesses fortsetzen will. Der ukrainische Experte betonte, dass der russische Präsident Wladimir Putin auf Distanz zum Ukraine-Konflikt geht: In einem Interview mit der deutschen „Bild“-Zeitung sagte Putin, dass der Ball jetzt bei Kiew liege. Der Konflikt und der Verhandlungsprozess könnten auf Eis gelegt werden. Obwohl Gryslow ein angesehener Politiker sei und Einfluss habe, sei es jetzt an Kiew, den nächsten Schritt zu tun, so Pogrebinski.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30704/00/307040049.jpg>

Dan-news.info: Lehrer der ukrainischen Sprache erhalten in der DVR eine zusätzliche berufliche Ausbildung, die es ihnen erlaubt, russische Sprache und Literatur zu unterrichten. Dies teilte heute der Pressedienst des Bildungsministeriums der DVR mit.

„Im Donezker republikanischen Institut für zusätzliche pädagogische Bildung haben gestern Kurse für 30 Lehrer der ukrainischen Sprache und Literatur begonnen, die eine zusätzliche Ausbildung in „Philologie, Russische Sprache und Literatur“ erhalten. Damit können sie in den Schulen dieses Fach unterrichten. Die Gruppe umfasst Lehrer aus Gorlowka, Sneshnoje und Debalzewo“, informierte die Gesprächspartnerin der Agentur.

Wie das Bildungsministerium erläuterte, ist die zusätzliche Ausbildung für die Pädagogen notwendig, weil „in den Schulen sich die Unterrichtsstunden in russischer Sprache und Literatur auf Kosten der Stunden in ukrainischer Sprache und Literatur erhöht haben“.

„Die Ausbildung umfasst sowohl Unterricht vor Ort als auch Fernunterricht. Insgesamt dauert die Ausbildung 10 Monate, nach dem Ablegen eines staatlichen Examens erhalten die Teilnehmer ein Diplom. Danach ist die Auswahl der nächsten Gruppe von Lehrern für die Ausbildung geplant“, fügte die Vertreterin des Ministeriums hinzu.

Die Lehrer haben bereit mit den Kursen „Methodik des Russischunterrichts in der Schule“ und „Russische Fachsprache“ begonnen. Die Sprachlehrer machen sich auch mit der Arbeit des „Russischen Zentrums“ der Donezker republikanischen allgemeinen wissenschaftlichen Krupskaja-Bibliothek bekannt.

De.sputniknews.com: Ein starker Militärverbündeter kann Serbien vor möglichen Aggressionen schützen und eine Wiederholung des Szenarios von 1999 verhindern, sagte der russische Vizepremier für Rüstungsindustrie, Dmitri Rogosin, gegenüber SputnikNews in Belgrad.

Rogosin hält sich auf einer Sitzung des russisch-serbischen Komitees für wirtschaftliche Zusammenarbeit in der serbischen Hauptstadt auf.

„Die Verfügbarkeit eines starken Militärstaates, eines Verbündeten Serbiens, beruhigt jeden Aggressor“, sagte Rogosin auf die Frage, ob Serbien im Falle einer Wiederholung des Szenarios von 1999, als das ehemalige Jugoslawien, später in Serbien und Montenegro geteilt, Nato-Bombardements ausgesetzt gewesen war, mit russischer Hilfe rechnen könne.

„Das heutige Russland ist selbstverständlich nicht mehr das Russland von 1999. Da gibt es einen anderen Präsidenten, andere Personen an der Macht. Auch unsere Armee, unsere Luft- und Weltraumstreitkräfte in Syrien zeigen, wie Sie sehen können, dass Russland in eine andere, eine höhere Liga aufgestiegen ist“, so Rogosin.

„Die serbische Armee war zwar zum Kampf gegen den Feind bereit, allerdings nur gegen einen Feind einer früheren Generation“, so Rogosin. Hätte Jugoslawien 1999 solche Waffensysteme wie S-300 gehabt, „wäre es nicht zu dieser Tragödie gekommen, als das faktisch wehrlose Land mit hochpräzisen Fernwaffen beschossen wurde“, so der Vize-Premier. Ihm zufolge habe Serbien als Antwort nur noch alte Fla-Systeme entgegensetzen können.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen nutzen Gebäude von Bildungs- und medizinischen Einrichtungen für die zeitweise Unterbringung von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte. Dies erklärte heute der stellvertretende Leiter des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko.

„Nach Angaben unserer Aufklärung lebt in der Geburtsabteilung des Zentralen Bezirkskrankenhauses in Staniza Luganskaja Personal der ukrainischen Streitkräfte. Im Keller haben sie dort auch ein Munitionslager eingerichtet“, teilte er mit.

„Dies zeigt ein weiteres Mal, dass die ukrainische Armee Gebäude des Bildungs- und Gesundheitswesens als zeitweilige Unterbringungspunkte für Soldaten nutzt“, sagte

Jaschtschenko.

Der Oberst sagte, dass das Regime der Feuereinstellung in den letzten 24 Stunden von der ukrainischen Seite nicht verletzt wurde, aber im Ganzen ist nach seinen Worten „die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz nach wie vor stabil angespannt“.

Dabei unterstrich er, dass die Volksmiliz die Minsker Vereinbarungen und die Zusätze zu ihnen streng einhält und damit das Bestreben der Führung der Republik bestätigt, den bewaffneten Konflikt möglichst schnell zu beenden.

„Wir halten die Vereinbarungen, die in Minsk unterzeichnet wurden, und die Zusätze zu ihnen streng ein. Unsere Abteilungen befassen sich regulär weiterhin mit militärischer Ausbildung und der Koordination der Abteilungen auf den Truppenübungsplätzen der Republik, unsere Soldaten erfüllen alle militärischen Aufgaben unter beliebigen Wetterbedingungen ausgezeichnet“, erklärte der stellvertretende Leiter des Stabs.

Dnr-online.ru: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko hat den Erlass Nr. 462 vom 16. Dezember 2015 „Über die Aufhebung der Inspektion zur Preisbildung der DVR“ unterzeichnet mit dem Ziel einer Optimierung der zentralen Organen der ausführenden Gewalt, einer Erhöhung der Effektivität der staatlichen Steuerung und im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Gesetzes der DVR „Über die staatliche Aufsicht im Bereich der wirtschaftlichen Tätigkeiten“.

Gemäß dem genannten Erlass ist die Funktion der staatlichen Aufsicht über die Preisbildung auf das Ministerium für Einnahmen und Erträge der DVR übertragen.

De.sputniknews.com: Protest in Ukraine: Hunderte Kumpel blockieren Autostraße
Etwa 300 ukrainische Bergarbeiter haben den Verkehr auf einer Autobahn im Gebiet Lwow blockiert. Sie fordern die Zahlung der rückständigen Löhne, wie der Vorsitzende der unabhängigen Bergarbeitergewerkschaft Michail Wolynez am Dienstag mitteilte. Zuvor hatte Wolynez behauptet, die Ukraine habe die Lohnschulden gegenüber den Bergarbeitern auf 825 Millionen Griwna (34,3 Millionen US-Dollar) auflaufen lassen, dabei sieht der Haushaltsplan für dieses Jahr nur 500 Millionen Griwna (20,8 Millionen US-Dollar) für Löhne vor. In der Bergarbeitergewerkschaft hatte man damit gedroht, dass die Kumpel der Bergwerke der „Lwower Kohlegesellschaft“ und der Firma „Lwowugol“ am 12. Januar die Grenzübergänge zu Polen blockieren würden.

„Heute sperren die Bergarbeiter die Route Lwow-Rawa-Ruska in der Ortschaft Smerekow. Etwa 300 Kumpel sind mit sechs Bussen hingefahren“, schrieb Wolynez auf seiner Facebook-Seite.

Der Pressedienst der ukrainischen Verkehrssicherheit hat inzwischen bestätigt, dass etwa 300 Bergarbeiter den Autoverkehr auf der Trasse M-09 im Gebiet Lwow lahmgelegt haben. „Am 23. Kilometer der Autobahn M-09 Lwow-Rawa-Ruska ist der Verkehr gesperrt. Auf diesem Abschnitt bewegen sich pausenlos 300 Menschen über den Schutzstreifen und lassen keine Fahrzeuge durch“, heißt es in der Mitteilung.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30705/31/307053180.jpg>

Dnr-online.ru: In einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR berichtete die Bildungs- und Wissenschaftsministerin der DVR, das Mitglied der gesellschaftlichen Organisation „Donezkaja Respublika“ Larisa Projakowa über die Reform des Bildungssystems der DVR nach dem Prinzip einer maximalen Angleichung an das sowjetische Bildungssystem. „In den letzten 25 Jahren ist sehr viel methodische, didaktische und wissenschaftliche pädagogische Literatur erarbeitet worden und in der ganzen Zeit haben wir uns auf ein anderes Bildungssystem umgestellt. Jetzt gibt es eine neue Generation und neue Lebensbedingungen und wir werden das sowjetische Bildungssystem nicht vollständig kopieren können, aber wir bemühen uns möglichst nah an es heranzukommen, denn die sowjetische Bildungssystem war am besten“, sagte die Bildungs- und Wissenschaftsministerin der DVR.

Dnr-online.ru: Heute berichtete der kommissarische Generaldirektor des staatlichen Konzerns „Donbassgas“ Sergej Filippow während einer Pressekonferenz über den Verlauf der Ermittlung der Ursachen des Zusammenbruchs der Gasversorgung von Makejewka in der Nacht vom 3 auf den 4. Januar dieses Jahres. „Am 3. Januar gegen 18 Uhr erfolgte in Makejewka, bei einer Lufttemperatur von unter -22 Grad ein massiver Fall des Gasdrucks in den Verteilungsgasleitungen. Es entstand eine außerordentliche Situation, in deren Folge die Gasversorgung von 123 Heizwerken des Heiznetzes gestoppt wurde und es erfolgte eine Notabschaltung der Gasverteilungspunkte, die die Haushaltsverbraucher mit Erdgas versorgen. Zur Aufklärung der Ursachen der Einstellung der Gasversorgung Makejewkas wurde eine interministerielle Kommission gebildet, derzeit laufen die Ermittlungen. Es kann gesagt werden, dass die genannte Kommission der Version des Ausfalls der Gasversorgung durch mögliche Diversionsaktivitäten nicht widerspricht“, erklärte der Generaldirektor von „Donbassgas“. Außerdem betonte Sergej Filippow die hohe Professionalität der Spezialisten, die bei der Beseitigung der Folgen der Störung beteiligt waren und die es erlaubte, die Gasversorgung in Rekordzeit wiederherzustellen: „Vor uns stand die Aufgabe, bei 20-Grad Frost in kürzester Frist die Gasversorgung von fast 60.000 Familien wiederherzustellen, ein Drittel davon Besitzer privater Häuser. Durch die rund um die Uhr erfolgende Organisation der Arbeiten durch den Stab zur Beseitigung des Notfalls konnte in präzedenzlos kurzer Zeit, innerhalb von drei Tagen, die Gasversorgung wiederhergestellt werden. Bei den Arbeiten zur Wiederherstellung haben etwa 1000 Menschen teilgenommen, davon 600 Spezialisten von „Donbassgas“, darunter Brigaden aus vielen Städten“. Außerdem berichtete der Direktor von „Donbassgas“ über die effektive Organisation von

Hilfepunkten durch Vertreter der örtlichen Organe und kommunalen Dienste, die es erlaubten, unter schwierigen Wetterbedingungen die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der Einwohner zu garantieren. „Durch die Stadtverwaltung Makejewkas und die Abteilung für kommunale Dienste wurde eine unschätzbare Arbeit zur Organisation und effektiver Tätigkeit des Stabs zur Beseitigung des Notfalls durchgeführt. Freiwillige, Beschäftigte sozialer Dienste, Abteilungen des Zivilschutzministeriums der DVR sicherten und unterstützten die Arbeit der Wärmepunkte, die Ernährung und Hilfe für die Bevölkerung in fünf Stadtbezirken. Nach 72 Stunden, am 6. Januar, nach der vollständigen Beseitigung der Störung im Gasnetz von Makejewka wurde das Notfallregime aufgehoben.“ Zu der Durchführung zusätzlicher Sicherheitsmaßnahmen sagte Sergej Filippow, dass „Donbassgas“ weiterhin Mittel in zeitgemäße technische Sicherheitsmaßnahmen investiert, die ständig an den Gasverteilungspunkten eingesetzt werden, um rechtzeitig auf eine Gefahr beliebigen Charakters reagieren zu können, diese entweder zu vermeiden oder zu beseitigen.

De.sputniknews.com: In den Fokus der Medien rückt zunehmend die humanitäre Situation in der syrischen Stadt Madaya, die die Regierungstruppen zurückerobern wollen. Damaskus wird kritisiert, weil es die Stadt nicht mit Lebensmitteln versorgen kann und die Einwohner hungern. Dabei berufen sich die Journalisten auf ungeprüfte Informationsquellen und veröffentlichen ungeprüfte Fotos...

In den letzten Tagen wird in den sozialen Netzwerken viel über die humanitäre Situation in der syrischen Stadt Madaya diskutiert. Führende Medien nehmen dieses Thema auf und üben Kritik am syrischen Präsidenten Baschar al-Assad.

„Tausende Menschen sind seit Monaten ohne Lebensmittel, weil die Nachschubwege von Assads Truppen gekappt worden sind“, berichtet Sky News.

„40.000 Einheimische leiden an Kälte und Hunger. Die Regierungstruppen, die die Stadt umzingelten, erlauben niemandem, die Stadt zu verlassen, die Versorgung wurde komplett blockiert“, schreibt BBC.

CNN-Korrespondent Nick Paton: „Seit mehreren Jahren im Zuge des Syrien-Krieges werfen viele der syrischen Regierung vor, die Bevölkerung aushungern zu wollen, die die Aufständischen unterstützen“, so Paton.

Doch wie es häufig mit ähnlichen Geschichten der Fall war, überprüfen viele nicht die Fakten und die Glaubwürdigkeit der Fotos, die von den Medien gezeigt werden.

„Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz kann die Angaben nicht bestätigen, die in sozialen Netzwerken veröffentlicht wurden, sowie die Berichte der offiziellen Medien zu diesem Thema“, so ein Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes.

Bei einer einfachen Suche im Internet können die Manipulationen sofort ans Licht gebracht werden. So wurde im Netz ein schockierendes Foto von einem Menschen verbreitet, der in Madaya den Hungertod starb. Dieses Foto verbreitete sich rasant in den sozialen Netzwerken, begleitet von empörten Kommentaren. Das in Großbritannien ansässige Syrian Network For Human Rights gab zu, dass die Aufnahme bereits vor einem Jahr in Ost-Guta bei Damaskus gemacht wurde.

Ein weiteres Beispiel. Es wurde von einem Mädchen in Madaya berichtet, das wegen Hunger extrem abgemagert war. Diese Lüge erzürnte seine Verwandten. Das Mädchen nahm ein Video auf, in dem es erzählt, dass auf dem Foto eine andere Person zu sehen und sie selbst gesund sei und in einem anderen Land lebe.

Auf einem anderen Foto eines angeblich Hungernden in Madaya ist tatsächlich ein Drogensüchtiger aus Europa zu sehen. Die Aufnahme stammt aus dem Jahr 2009. Bei dem Mann auf dem Foto wurde sogar die Augenfarbe verändert, damit niemand ihn als blauäugigen Europäer erkennen kann. Zum ersten Mal tauchte das Foto bei Al Jazeera auf und wurde später gelöscht, doch viele Nutzer haben es bereits kopiert. Man stellt sich deshalb die Frage, ob dies tatsächlich ein Fehler oder eine geplante

Desinformationskampagne ist.

„Aktivisten nutzen bei Kampfhandlungen immer manipulierte Fotos, die in anderen Kampfgebieten gemacht wurden. Auch Syrien bildet da keine Ausnahme“, sagte der Nahostexperte Danny Makki.

Diese Fotos geraten an die Medien, die sie anschließend verbreiten. Die Quellen sind aber nicht zuverlässig, es werden immer wieder manipulierte Informationen veröffentlicht. Ein krasses Beispiel sei das Foto eines Mädchens, das in Syrien angeblich hungert. Doch in der Tat lebe es in London und habe mit Syrien überhaupt nichts zu tun.

Bislang ist es schwer zu sagen, was wirklich in Madaya geschieht. Doch seit Beginn des Syrien-Konflikts haben wir viele Beispiele gesehen, bei denen Medien manipulierte Bilder für eigenen Zwecke verwenden.

Am 30. September des vergangenen Jahres, als die Operation der russischen Luft- und Weltraumkräfte gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ begann, veröffentlichte die von den USA finanzierte Organisation White Helmets das Foto eines Mädchens und erklärte, dass es bei einem russischen Luftangriff verletzt worden sei. Ursprünglich wurde das Foto am 26. September veröffentlicht, einige Tage vor Beginn der russischen Operation. Damals war dieses Mädchen als Opfer des Vorgehens der syrischen Regierungstruppen bezeichnet worden. Nach einigen Wochen behaupteten Vertreter der Syrian-American Medical Society, dass die russische Luftwaffe ein Krankenhaus in Sarmin zerstört habe. Diese Informationen tauchten sofort in mehreren westlichen Medien auf. Doch das russische Verteidigungsministerium widerlegte die Vorwürfe und veröffentlichte Satellitenaufnahmen, die bewiesen, dass dieses Gebäude unbeschädigt ist.

Das alles stellt die Glaubwürdigkeit der Quellen infrage, die Informationen über das Geschehen in Syrien verbreiten. Zudem stellt sich die Frage, ob die Medien die Fotos und Videos vor ihrer Veröffentlichung präzise überprüfen.

Lug-info.com: Die offizielle Seite des Volkssowjets der LVR wurde in den letzten Tagen mit heftigen Hackerattacken überzogen. Dies teilte der Pressedienst des Parlaments mit. Nach Informationen der Quelle wurden in vier Tagen mehr als 400 Versuche unternommen, die Seite zu hacken, ausgehend von IP-Adressen, die in der Ukraine und den USA registriert sind.

Derzeit arbeitet die Informationsressource ohne Unterbrechungen und in vollem Umfang, erläuterte der Pressedienst.

Dnr-online.ru: Pressegespräch des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage an der Kontaktlinie hat sich in den letzten 24 Stunden nicht verändert. Die ukrainischen Truppen haben in Verletzung aller Minsker Vereinbarungen viermal das Territorium der Republik beschossen.

„Beschossen wurden die Gebiete von Kominternowo, Shelesnaja Balka und Spartak. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 22 Granatgeschosse des Kalibers 82 mm abgeschossen, es wurden sieben Schüsse mit Panzertechnik und Abwehrgeschützen durchgeführt.

Die Aufklärung der DVR deckt weiter Verschiebungen und Konzentrationen von Waffen und Personal des Gegners an der Kontaktlinie auf. So wurde folgendes festgestellt:

im Gebiet von Dsershinsk, 5 km von der Kontaktlinie, eine Artilleriebatterie der 26. einzelnen Artilleriebrigade (zwei 152mm-Artilleriegeschütze „Pion“, vier 152mm-Artilleriegeschütze „Giazint“);

im Gebiet von Nowoselowka Wtotraja, 8 km von der Kontaktlinie, zwei Artilleriegeschütze und 150 Mann;

im Gebiet von Pawlopol (Pufferzone) drei Panzer, sechs Einheiten Panzertechnik und acht Fahrzeuge mit Personal und Munition;

im Gebiet von Artjomowsk richtet sich eine Artillerieabteilung aus der 30. einzelnen mechanisierten Brigade ein..

Diese Fakten zeigen die Bereitschaft der ukrainischen bewaffneten Strukturen zur Verschärfung der Situation im Donbass in Verletzung aller Vereinbarungen der normannischen Vier“, erklärte Eduard Basurin.

In den acht von den ukrainischen Streitkräften besetzten Ortschaften der „Pufferzone“ wurde von der Aufklärung der Streitkräfte der DVR die Durchführung von Säuberungen unter der örtlichen Bevölkerung festgestellt, die nicht mit der Okkupationsbehörde abgestimmt sind.

„Die Säuberungen führen Vertreter des Sicherheitsdienstes der Ukraine mit Verstärkung von Abteilungen der 36. einzelnen Marineinfanteriebrigade durch, aus dem Grund, dass aus den genannten Gebieten viel Information weitergegeben wird. Insbesondere über die Konzentration von verbotenen Waffen der ukrainischen Streitkräfte und von Personal in der sogenannten grauen Zone und über die Vorbereitung von Provokationen gegen die friedliche Bevölkerung durch die bewaffneten Strukturen der Ukraine.

In der Zone der Durchführung der ATO, im Gebiet von Lebedinskoje, wird das Aufkommen von Meinungsverschiedenheiten zwischen regulären Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte und solchen des „Rechten Sektors“ festgestellt, die in Gefechte unter Verwendung von Schusswaffen übergehen. Soldaten der 36. einzelnen

Marineinfanteriebrigade drängen die radikalen Nationalisten aus der Ortschaft, die derzeit alle Materiallieferungen kontrollieren“, teilte Eduard Basurin mit.

Vermutlich am 17. Januar 2016 ist eine Rotation des Personals der 57. einzelnen mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte geplant. Im Zusammenhang mit der massenhaften Unterschlagung von Militäreigentum in der 57. einzelnen mechanisierten Brigade wird vor der Rotation der Soldaten eine Revision in den Abteilungen durchgeführt, um den Schaden aufgrund der Diebstähle zu bewerten.

„Kontrolliert werden unter anderem Kommunikationsmittel, Waffen und Munition, wovon ein Teil über verschiedene Kanäle an die Abteilungen der Streitkräfte der DVR verkauft wurde.

Auch die 26. einzelne Artilleriebrigade wird so kontrolliert. Im Zusammenhang mit zahlreichen Diebstählen werden die Lagerräume für Waffen und die Depots mit Munition durch Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine kontrolliert.

Nach Angaben des medizinischen Personals der Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte werden massenhaft Erkrankungen von ukrainischen Soldaten auf den Positionen festgestellt. Von den Medizinern wurde ein ihnen unbekannter Virus festgestellt, durch den die Infizierten Fieber bekommen, das sich mit keinerlei Präparaten senken lässt und nach zwei Tagen tritt der Tod ein. Derzeit sind an dem Virus bereits mehr als 20 Soldaten gestorben, was vom Kommando der ukrainischen Streitkräfte sorgfältig verheimlicht wird“, sagte Eduard Basurin.

Es bestätigt sich die Verwendung von terroristischen Formationen, die aus Kämpfern gebildet sind, die direkt an den Kämpfen auf dem Territorium des Irak, Afghanistans und Syriens teilgenommen haben, durch die ukrainischen Streitkräfte.

„Ein Teil dieser Banditen, die zuvor an Aktionen terroristischer Gruppen in der Tschetschenischen Republik teilgenommen haben, wurde von der Führung der Ukraine amnestiert und zu Kommandeuren von Abteilungen ernannt, die vom Generalstab der ukrainischen Streitkräfte geführt werden. Zurzeit befindet sich dieses Gesindel in der Nähe von Schirokino und beschießt regelmäßig unsere Positionen.

Auf ihrer Grundlage werden Banden gebildet, die zur Organisation von Terrorakten gegen die DVR herangezogen werden. Aber dann werden sie, wie dies schon zuvor geschah, breite Aktivitäten zur Destabilisierung der Lage in der Ukraine und dann in anderen Ländern Osteuropas durchführen. Das heißt, die Ukraine ist ein neuer Aufmarschplatz für die Weiterverbreitung des Einflusses der terroristischen Gruppierungen des IS“, teilte Eduard Basurin mit.

Abends:

Dnr-online.ru: Für Einwohner von Donezk, in deren Wohnung es an Frosttagen nicht ausreichend warm war, wird eine Neuberechnung der Zahlungen für die Wärmeversorgung durchgeführt. Dies erklärte am 12. Januar auf einer Sitzung der stellvertretende Bürgermeister von Donezk Igor Ponomarenko.

„In einigen Wohnungen war es nicht warm. Es gab sehr viele Anrufe deswegen. Deshalb muss eine Neuberechnung der Heizkosten durchgeführt werden“, sagte er.

Dan-news.info: Mitarbeiter der OSZE-Mission haben eine Web-Kamera zur Beobachtung der Lage im frontnahen Dorf Schirokino im Süden des Donbass eingerichtet. Dies teilte heute der Pressedienst der Mission mit.

„Gestern wurde von Beobachtern der OSZE-Mission eine Beobachtungskamera in Schirokino installiert. Soweit uns bekannt ist, bisher nur eine“.